



Rede des Bürgermeisters Michael Berens zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2025 in der Sitzung des Gemeinderates am 07.11.2024

**Sperrfrist: 07.11.2024 - 19.00 Uhr -
Es gilt das gesprochene Wort.**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Die Menschen wollen wieder stolz sein auf ihr Land“, sagte kürzlich ein ehemaliger Minister der gerade endgültig gescheiterten Bundesregierung. Tenor: So kann es nicht weitergehen in Deutschland!

Vieles hat sich in den letzten Jahren gedreht, die Stimmung erscheint an einigen Stellen niedergeschlagen. Sind wir derzeit auf einem politischen Irrweg?

Drei Generationen sind seit dem letzten Weltkrieg in Zeiten aufgewachsen, in denen es immer nur nach oben ging. Frieden und Freiheit waren selbstverständlich. Ein stetiges Wirtschaftswachstum war gesetzt.

Innovativ und fleißig: Mit diesen Attributen glänzten wir in der Welt und fühlten uns zuletzt anderen Ländern weit voraus.

„Wir sind wieder wer“, sang die Kölner Gruppe BAP Anfang der 90er Jahre nach der Wiedervereinigung. Doch wie so oft in der Geschichte: Immer dann wenn es den Menschen zu gut geht, vergessen sie, warum dies der Fall ist und besinnen sich nicht mehr auf ihre Kernkompetenzen. Aus dem Wohlstand heraus wurden Abwege eingeschlagen. Bisher existentiell wichtige Themen wurden vernachlässigt, eher sekundäre Themen wurden in den Vordergrund gerückt. Innerhalb kürzester Zeit sind wir im weltweiten Vergleich abgerutscht, ja sogar wirtschaftliches Schlusslicht in Europa geworden.

Woran liegt dies? Wie kann eine Nation so schnell an Ansehen und Finanzkraft verlieren?

Weil wir merkwürdige Sonderwege gegangen sind. Wir wollten der Welt bei der sogenannten Transformation der Wirtschaft mit ökologischen Vorgaben voraus sein und glaubten, die Anderen werden uns schon folgen. Staatliche Eingriffe haben jedoch immer nur kurzfristige Effekte! Mittel-

und langfristig regeln sich Märkte selbst, was gerade sehr deutlich ablesbar ist. Unsere Unternehmen ächzen unter hohen Energie- und Lohnkosten sowie einer ausufernden Bürokratie. Unsere Schlüsselindustrie, die Automobilbranche, bricht zusammen.

Unternehmen scheuen Investitionen und haben das Vertrauen in die Regierung verloren. Stillstand und Rezession sind die Folge. Kurzarbeit und Kündigungen sind keine Fremdwörter mehr. Auch wir haben in Hövelhof viele Zuliefererfirmen aus der Metallbranche, die mir genau von diesen Problemen berichten. Wir sind teilweise nicht mehr wettbewerbsfähig, wir brauchen wieder Luft zum Atmen! Wir müssen uns wieder befreien von den selbst auferlegten Fesseln. Wenn es demnächst in einem volkswirtschaftlichen Lehrbuch eines Beispiels aus der Praxis für verfehlte staatliche Eingriffspolitik bedarf, dann werden die Jahre 2022-2024 ausreichen. Noch nie wurde in so kurzer Zeit ein Wohlstandsast in der Bundesrepublik abgesägt und verbrannt.

Gleichzeitig hat man das Leistungsprinzip ausgesetzt. Menschen wurde suggeriert, dass es sich ohne Einkommen aus Arbeit genauso gut leben lässt: Mit bedingungslosem Grundeinkommen. Das sogenannte „Bürgergeld“ war der wohl größte Fehler in der deutschen Sozialpolitik. Statt „Fördern und Fordern“ nur noch „Bewilligen“. Statt „Hilfeempfänger“ jetzt „Kunden“. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Wer in Not ist oder wer aus gesundheitlichen Gründen oder Betreuungsgründen nicht arbeiten kann, dem muss der Staat selbstverständlich helfen. Doch ansonsten gibt es in bestimmten Branchen viele unbesetzte Jobs, die ich ohne Ausbildung oder deutsche Sprachkenntnisse wahrnehmen kann. Die deutsche Sprache kann ich am Arbeitsplatz ebenfalls erlernen! Für die Arbeitsaufnahme bedarf es keiner jahrelangen Integrations- und Sprachkurse. Dies haben viele Einwanderergenerationen seit den 60er Jahren bewiesen.

Warum stelle ich diese beiden Punkte „Wirtschaftseinbruch“ und „Ausufernde Soziallasten“ an den Beginn meiner Haushaltsrede? Weil genau sie die Ursache für ein immer größer werdendes Defizit in den kommunalen Haushalten sind.

Die Steuern brechen ein und die Soziallasten steigen überproportional. Beides zusammen führt zu einem Delta, wie wir alle es noch nicht erlebt haben. Tendenz: Weiter steigend! Licht am Horizont: Nicht absehbar! Dies führt zu einem Fehlbetrag, auf den wir keinerlei Einfluss haben, weder wir, noch der Kreis, noch der Landschaftsverband! Es ist ein durch staatliches Fehlverhalten verursachtes Minus, das immer weiter ausufert, wenn nicht endlich gegengesteuert wird. Handeln und nicht dauerstreiten! Die falsche Ideologie ist entlarvt!

Wir müssen der Wirtschaft wieder mehr Freiheit lassen, durch Steuererleichterungen, Wegfall von belastenden Energieaufschlägen und bürokratischen Auflagen. Gleichzeitig müssen wir die Leistung jedes einzelnen Arbeitnehmers wieder mehr wertschätzen und die Leistungsträger dieser Gesellschaft nicht durch überhöhte Abgaben zugunsten von nicht arbeitsbereiten

Menschen belasten. Wer mehr tut als andere, muss auch mehr in der Tasche haben! Das war immer unser Grundprinzip und Erfolgsgarant. Dahin müssen wir so schnell wie möglich wieder zurückkehren!

Bund und Land dürfen sich keinen schmalen Fuß mehr machen, indem sie immer neue Regelungen und Gesetze schaffen und gleichzeitig die Zahllasten für soziale Wohltaten auf die Gemeinden abwälzen.

Die 10 Bürgermeister und der Landrat des Kreises haben ihren Unmut in einem Positionspapier kürzlich der Kommunalministerin des Landes NRW deutlich widerspiegelt.

Die hohen Kosten der Eingliederungshilfe, also die Hilfe für Menschen mit Behinderung, werden in NRW allein von den Kommunen getragen. In anderen Bundesländern ist dies nicht so. Dort trägt das Land selbst die Kostenverantwortung. Gleichzeitig werden die Betreuungsstandards in allen Bereichen immer höher gesetzt, so dass die Kosten weiter ausufern. Auch hier ist es mir wichtig, nicht falsch verstanden zu werden. Die Teilhabe und qualitativ gute Unterbringung der Menschen mit Behinderung ist für mich von großer Bedeutung. Schließlich haben wir mit dem Arminius-Carré einen hervorragenden Anlaufpunkt in Hövelhof bekommen, für den ich sehr dankbar bin. Es macht einfach Freude, diese Menschen inmitten der Hövelhofer Gesellschaft zu erleben. Schön, dass wir daran erfolgreich mitwirken durften.

Die nicht von der Pflegeversicherung erstatteten Kosten der Hilfe zur Pflege werden von den Kreisen und damit von uns getragen. Aufgrund der Alterspyramide ist in den nächsten Jahrzehnten mit einem enormen Anstieg zu rechnen.

Allein in den letzten zwei Jahren sind die kreisweiten Kosten dafür von 9 auf 14 Millionen gestiegen. Auch von uns 10 Kommunen zu tragen!

Die LWL-Umlage hat sich für den Kreis in den vergangenen 13 Jahren mehr als verdoppelt (von 52 auf 110 Mio. Euro). Auch von uns 10 Kommunen zu tragen! Kritisiert haben wir ebenfalls die freiwilligen Maßnahmen des Landschaftsverbandes. Das neue Empfangsgebäude beim Freilichtmuseum in Detmold hat uns alle erschrocken. Über die überdimensionierte Stalag-Gedenkstätte habe ich schon häufiger gesprochen. Erinnerungskultur ist wichtig! Nur aus der Sichtbarmachung der Geschichte können wir für die Zukunft lernen. Doch wurden die Gräueltaten des 2. Weltkrieges durch das damalige Deutsche Reich verursacht und nicht durch die Kommunen. Daher hat der Staat die Investitions- und Folgekosten alleine zu tragen! Die Beschlüsse von LWL und Kreisen zur Mitfinanzierung waren daher ein großer Fehler und zeigen, dass unsere Finanzsorgen dort noch nicht vollständig angekommen sind!

Nach derzeitigem Stand sollen künftig 77 Prozent der Bundesmittel für die Flüchtlingshilfe beim Land verbleiben und nicht an die Kommunen durchgereicht werden. Obwohl wir vor Ort die Last der verfehlten deutschen Flüchtlingspolitik zu tragen haben. Die Kommunen fordern eine 100-

prozentige Weiterleitung der Mittel. Mit der Einführung der Bezahlkarte haben wir in NRW eine Vorreiterrolle eingenommen und wurden dafür sogar in eine Beraterkommission berufen, um unsere Erfahrungen bei der landesweiten Einführung mit einfließen zu lassen. Es ist der richtige Weg, durch solche Maßnahmen die Anreize für den unkontrollierten Zuzug in die Sozialsysteme zu minimieren und lediglich für die Grundbedürfnisse der Menschen von staatlicher Seite einzustehen.

Der vom Bund gesetzlich fixierte OGS-Anspruch wird uns vor große Herausforderungen stellen. Bereits jetzt gibt es einen hohen Fachkräftemangel bei der Kita-Betreuung. Den Raumanforderungen möchten wir durch flexible Nutzung der vorhandenen Räume begegnen und verstärkt multifunktionale Einrichtungsgegenstände anschaffen.

Die kommunalen, kirchlichen und freien Kindergartenträger haben die Unterversorgung ihrer Einrichtungen in den vergangenen Monaten dem Land gegenüber deutlich kundgetan. Es wird immer schwerer, neue Träger zu finden. Bewährte Träger drohen gar damit, ihre Trägerschaft zurückzugeben. Uns ist es in diesem Jahr gelungen, mit dem Kreissportbund und dem Malteser Hilfsdienst zwei neue Träger zu gewinnen, die unsere Kindergartenlandschaft bereichern. Beide sind in guten Gesprächen mit möglichen Investoren und wollen spätestens 2026 an den Start gehen. Der Kreissportbund beginnt eventuell bereits im kommenden Sommer mit einem provisorischen Angebot.

Kommunen wenden viel Zeit und Personal auf, um finanzielle Mittel aus kleinteiligen und komplizierten Förderprogrammen des Landes abzurufen und deren ordnungsgemäße Verwendung nachzuweisen. Dabei steht den Gemeinden und Gemeindeverbänden gemäß Artikel 28 des Grundgesetzes sowie Artikel 78 der Landesverfassung das Recht auf kommunale Selbstverwaltung - verbunden mit der finanziellen Eigenverantwortung - zu. Ich weiß, dass Minister und Abgeordnete gerne mit Bewilligungsbescheiden durch das Land ziehen. Wir nehmen diese Fördermittel ebenfalls in Anspruch, da uns keine andere Wahl der Gegenfinanzierung bleibt. Lieber würden wir höhere pauschale Investitionszuschüsse entgegennehmen und selbst über die Mittelverwendung entscheiden. Dies würde viel Bürokratie ersparen und die Kommunen finanziell und personell stark entlasten. Jede Zuschussgeschichte ist mit einem unglaublichen Aufwand verbunden. Von der Beantragung über die Bewilligung bis zur Prüfung sind viele Fallgruben eingebaut.

Sie merken: Gegenüber der früheren Praxis gegenseitiger Schuldzuweisungen ist die kommunale Familie im Kreis Paderborn geschlossener denn je. Nur gemeinsam können wir Stärke beweisen und nach außen zeigen, dass wir mit Augenmaß handeln.

Trotzdem haben wir das Benehmen mit dem Kreishaushalt nicht herstellen können, sondern weiteren Einsparungen und eine höhere Entnahme aus der dortigen Ausgleichsrücklage gefordert. Schließlich hat sich die Kreisumlage in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht. Allein in den letzten beiden Jahren sind 5 Millionen Euro hinzugekommen. Dies beweist: Unser Defizit von jetzt 6,9 Millionen Euro stammt im Wesentlichen aus dieser Zwangsabgabe.

Jammern hilft jedoch nicht. Gerade in kritischen Tagen müssen wir antizyklisch handeln: Stärke zeigen und Mut machen! „Wir wollen wieder stolz sein auf unser Land“: Soweit es in Deutschland tatsächlich daran fehlt, für Hövelhof sieht dies noch anders aus:

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ihren Ort! Sie sind stolz auf die engagierten Menschen und Vereine, die Wirtschaft, die Sport- und Bildungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und das große Miteinander in der Gesellschaft.

Dies ist allorts spürbar und sollte uns große Zuversicht schenken. Wir, in unserem Hövelhof, können eine Keimzelle für Hoffnung im ganzen Land sein.

Wir können diesen Hövelhofer Geist weitertragen und andere anstecken. Wir können den oft beschworenen „Hövelhofer Weg“ deutschlandweit als Vorbild nehmen: Unkonventionell, unideologisch, heimatbezogen, hövelhofspezifisch!

Er war in den letzten Jahren erfolgreich und hat uns zu einer dynamischen Gemeinde mit unglaublich viel Kraft aus dem Inneren der Gemeinschaft heraus werden lassen. Die Menschen identifizieren sich mit ihrem Ort, sie leben ihn an jedem Tag und sie spüren, dass sie bei uns nicht alleine sind.

Und so zielt nicht umsonst das neue Hövelhofer Sennebad den Deckmantel unseres Haushaltsplanes 2025: Es ist der sichtbare Beweis dafür, wie man unnötige bürokratische Hemmnisse aussetzt und den Menschen vor Ort freie Fahrt gibt, ihnen Vertrauen schenkt, sie einfach machen lässt.

Der Präsident des Bundes der deutschen Steuerzahler war bei seinem Besuch unmittelbar nach der Eröffnung im September begeistert von dem Projekt und hat es als beispielgebend für ganz Deutschland bezeichnet. Schneller und günstiger als im öffentlichen Ausschreibungsbürokratismus! Und dies mit Firmen aus der Heimat, die dankbar sind, ein Teil des Projektes sein zu können. Es ist das erwünschte „Bad der Bürger“ geworden, das bereits in den ersten Wochen einen hohen Zulauf hatte! Danke an dieser Stelle noch einmal den Initiatoren des Fördervereins und allen Firmen, die daran mitgewirkt haben.

So nehmen wir dieses Symbol des Sennebades, eng verzahnt mit unserer Hövelhofer Silhouette, als einen Wegweiser für weitere Zukunftsaufgaben auf unserem Hövelhofer Weg.

So werden wir im kommenden Jahr den Schlossgarten und damit unser Ortskernkonzept vollenden. Es war eine der ersten wichtigen Entscheidungen dieser Legislaturperiode, die

Sichtachse zum Jagdschloss zu öffnen und damit den Blick auf unser Wahrzeichen freizugeben. Die Entscheidung war richtig, genau wie diejenige, den südlichen Teil des Schlossgartens zur Parkanlage hinzuzufügen. Die Ausschreibung läuft. Bis zum Sommer 2025 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

Genauso wie die Arbeiten zum Bau unseres neuen Feuerwehrgerätehauses auf Hochtouren laufen. Die provisorische Fahrzeughalle wird aktuell errichtet, so dass unsere Feuerwehr zu Ende dieses Monats in den ersten Bauabschnitt umziehen kann und das alte Gerätehaus zeitnah abgerissen wird. Nach dem Bau der neuen Fahrzeughalle können wir hoffentlich im August nächsten Jahres die große Einweihung feiern.

Die 40 kommunalen Bauplätze im neuen Baugebiet „Portemeiers Kreuz“ sind vermarktet. Wie Pilze schießen die Häuser dort aus dem Boden und lassen den ehemaligen Maisacker zu einem attraktiven Wohngebiet reifen. Das Gleiche gilt für das Gebiet „Junkern Feld“ in Riege. Es ist wichtig, den jungen Menschen aus Hövelhof eine Perspektive in homogenen Wohnumfeldern zu schaffen. Die Grundstücksgrößen lassen noch genügend Freiraum für Grün- und Pflanzflächen zu, so dass sich wie zuletzt in „Philippers Feld“ gute Nachbarschaften entwickeln können. So wird unser Hövelhofer Lebensgefühl in die nächste Generation weitergetragen.

Wir arbeiten bereits am nächsten Entwicklungsabschnitt im westlichen Bereich von Hövelhof und können uns vorstellen, an der Delbrücker Straße einen ASB-Bereich mit nichtstörendem Gewerbe an der Landstraße zu entwickeln. Mehrere Handwerksbetriebe haben bereits Interesse daran bekundet.

Im hinteren Bereich in Richtung Bruchweg können wir uns neue Bebauungsmöglichkeiten für Ein- und Zweifamilienhäuser vorstellen! Das Thema „Kreisverkehr am Grünen Weg“ werden wir weiterverfolgen, da es zusätzlich der Erschließung des Quartiers dient. Wir werden weiter für Zuschussmittel werben.

Mit dem Anschluss der Nahwärmeleitungen an unser Schul- und Sportzentrum ist uns ein Meilenstein bei der klimaneutralen Wärmeversorgung gelungen. Die kommunale Wärmeplanung haben wir als einer der ersten Kommunen in NRW abgeschlossen und geben den Hausbesitzern eine Richtschnur für die weiteren Ausbauschritte. Wir werden in Kürze einen Vorschlag für eine anteilige Beteiligung der Sennegemeinde an der Nahwärme Hövelhof GmbH unterbreiten und damit für noch mehr Akzeptanz des Energieträgers in der Bevölkerung werben. Die nächsten Ausbauschritte sind bereits in Vorbereitung.

Für die Zukunft unseres Schulzentrums haben wir kürzlich wichtige Beschlüsse gefasst und die Genehmigung für den Anbau an der Realschule bereits vorliegen. Damit ist der nächste große Hochbau bereits kurz vor dem Start. Gut, dass wir an der Haupt- und Realschule festgehalten haben!

Unter starker Bürgerbeteiligung haben wir den Handlungsrahmen für die weitere Gestaltung des Schulzentrums vorbereitet. Sowohl die Kinder und Jugendlichen am HoT, als auch die Vertreter der Schulen und Sportvereine haben ihre Meinungen und Vorschläge eingebracht. Anfang des Jahres werden wir in einem Politikerworkshop die Eckpunkte mit Ihnen abstimmen. Ziel ist eine Förderung über ein integriertes städtebauliches Handlungskonzept (Ortskernkonzept 2). Fest steht natürlich der Abriss des alten Hallenbades. Die Zukunftsfrage der Zwei- und Dreifachhalle werden sich anschließen. Über den von den Vereinen favorisierten Neubau eines großzügigen Sportkomplexes als Ersatz für die bestehenden Hallen gilt es abschließend zu diskutieren. Ich freue mich dazu auf ihre Beiträge und hoffe, dass wir gemeinsam eine für alle bereichernde Lösung finden werden.

Bis auf den zinsfreien Kredit der NRW-Bank für das kürzlich fertiggestellte Asylbewerberheim an der Bielefelder Straße haben wir seit dem Jahre 2000 keine Kredite aufgenommen. Der Schuldenstand wurde von damals 9,5 Millionen Euro kontinuierlich auf 2,5 Millionen Euro zum Ende dieses Jahres abgebaut. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt damit bei nur rund 150 Euro pro Einwohner und ist landesweit mehr als unterdurchschnittlich. Die geplante Initiative des Landes, nunmehr eine Altschuldenregelung für überschuldete Kommunen einzuführen, ist daher ein Schlag ins Gesicht für die sparsam wirtschaftenden Kommunen dieses Landes. Da wir bereits seit vielen Jahren keine Schlüsselzuweisungen bekommen und zeitweise sogar Solidaritätsabgaben zu leisten hatten, ist es für mich unverständlich, dass diejenigen Kommunen, die über ihren Verhältnissen gelebt haben, jetzt noch eine Absolution erteilt wird. Wenn es Zusatzmittel des Landes gibt, dann müssen alle davon profitieren. Schließlich müssen wir nun für die oben beschriebenen hohen Investitionen in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Sport ab dem kommenden Jahr wieder Fremdmittel einplanen.

Das Thema Steuern habe ich zu Anfang bereits unter bundespolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Das Gleiche gilt auf kommunaler Ebene. Steuererhöhungen in konjunkturschwachen Zeiten sind Gift für die Wirtschaft und die Privathaushalte und müssen stets das letzte Mittel bleiben. Antizyklisches Handeln ist dringend angeraten.

Ich rate daher für das kommende Jahr von jeglichen Erhöhungen ab! Unsere Wirtschaft braucht Luft zum Atmen, um ihre Arbeitsplätze und vielleicht sogar den Standort zu sichern. Bleiben wir daher gerade in schlechten Zeiten an der Seite derjenigen, die uns in den letzten zwei Jahrzehnten durch ihr Steueraufkommen ein überdurchschnittliches Leben in Hövelhof ermöglicht haben.

Bei der Grundsteuer stehen wir aufgrund der Reform vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Bund und Land haben den Bürgern eine Aufkommensneutralität versprochen, so dass wir quasi gezwungen sind, unterm Strich nicht mehr einzunehmen, als in

diesem Jahr. Allerdings gibt es nach den neuen Vorgaben deutliche Verwerfungen unter den Grundstückswerten. Die vom Finanzamt festgesetzten Messbeträge weichen enorm von den bisherigen Werten ab, sowohl nach oben als auch nach unten. Daher wird es für den einzelnen Grundstückseigentümer kaum sichtbar, dass wir keine Erhöhungen vorgenommen haben. Leider hat das Land bei der Messbetragsfestsetzung das sogenannte „Scholz-Modell“ des Bundes übernommen. Das Bundesmodell setzt sehr auf Mietwerte und kann als ein aus dem rein städtischen Großstadtmilieu entwickeltes Modell bezeichnet werden. Kommunalfreundliche Länder wie beispielweise Bayern haben Alternativmodelle angewandt, die eher den Gegebenheiten des ländlichen Raumes entsprechen.

Wir alle sollten nach außen dazu beitragen, bei der Bevölkerung für Verständnis dafür zu werben, dass wir an den Festsetzungen schuldlos sind. Nachdem das Land seinen Fehler viel zu spät bemerkt hat, wurde kurzfristig noch eine Differenzierungsmöglichkeit geschaffen. Die Kommunen können nunmehr unterschiedliche Hebesätze für bebaute und unbebaute Grundstücke festlegen. Damit hat das Land das rechtliche Risiko für die gesamte Reform weiter auf die Kommunen verlagert. Schließlich drohen viele Klagen und gegebenenfalls ein hoher Einnahmeausfall für die Kommunen. Prof. Dr. Steffen Lampert vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Uni Osnabrück und Prof. Dr. Lars Hummel von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Uni Hamburg haben in einem vom Deutschen Städtetag in Auftrag gegebenen Gutachten erhebliche rechtliche Bedenken geäußert. Sie stellen fest, dass „eine verfassungswidrige Hebesatzdifferenzierung zur Unwirksamkeit und damit Nichtigkeit der Grundsteuerhebesatzung führt“. Wir können Ihnen daher nicht reinen Gewissens vorschlagen, derzeit vom Differenzierungsrecht Gebrauch zu machen.

Im Haushalt finden wir erstmalig unseren Zuschuss von 1.231.000 Euro für den Betrieb des Sennebades, den wir ja zuvor durch ein 95-prozentiges Votum der Bürgerschaft abgesichert haben. Mit diesen 1,2 Mio. und den an den Kreis zu entrichtenden 5 Mio. kann unter Hinzuziehung der Tarifsteigerungen unser Gesamtdefizit in kurzen Worten erklärt werden. Allerdings verbrauchen wir damit in kürzester Zeit unsere mühsam ersparte Ausgleichsrücklage.

Der Kämmerer wird im Anschluss auf das Zahlenwerk des Ergebnishaushaltes näher eingehen.

Investitionen:

Da wir in diesem Jahr noch keine Kredite aufnehmen mussten, wurden einige noch nicht abgeschlossene Maßnahmen aus Vorjahren erneut anteilig veranschlagt, um eine Gegenfinanzierung aus Krediten zu gewährleisten.

Insgesamt werden dadurch Rekordinvestitionen in Höhe von insgesamt 19,2 Mio. € im Haushaltsplanentwurf aufgeführt.

Dem stehen Einzahlungen in Höhe von 4,9 Mio. € entgegen. Hierzu tragen insbesondere die Zuwendungen mit rd. 4,6 Mio. € bei.

Folgende größere Investitionen haben wir 2025 veranschlagt:

Neubau des Feuerwehrgerätehauses: 5 Mio. Euro

(siehe Erläuterungen oben und im Vorjahr)

Erweiterungsbau Realschule: 6 Mio. €

(siehe Erläuterungen im Vorjahr)

Umbau Physikraum und Biologieraum Hauptschule: 280.000 €

(siehe Erläuterungen im Vorjahr)

Nahwärme- und Stromanschluss am HoT und Sporthalle insgesamt 140.000 €

Nachdem in diesem Jahr die Hauptschule und die Realschule angeschlossen wurden, folgen im kommenden Jahr:

- HoT: 140.000 €
- Dreifachsporthalle: 135.000 €

Bürgerradweg Espeln 350.000 €, davon Förderung 150.000 €

(siehe Erläuterung im Vorjahr)

Wirtschaftswegerneuerung 800.000 € (Förderung 500.000 €)

Im Rahmen unseres Wirtschaftswegekonzepthes sollen erneut Anträge für die Wirtschaftswegerneuerung gestellt werden.

Beantragt werden sollen diesmal im Rahmen der Maximalförderung die Straßen Mühlenweg und Im Brande. Für die nach der Heinrichstraße beantragten Maßnahmen des abgelaufenen Jahres liegen allerdings bislang noch keine Förderzusagen vor.

Erneuerung Von-Galen-Straße: 305.000 € (Förderung 244.000 € in 2026)

Sanierung Küsterkamp: 400.000 € (Förderung 320.000 € in 2026)

Beide Straßen müssen kanaltechnisch und straßentechnisch saniert werden. Die früher von den Anliegern zu tragenden KAG-Beiträge sollen zukünftig durch das Land gegenfinanziert werden, so dass ein 80-prozentiger Zuschuss für das darauffolgende Jahr eingeplant wurde.

Erschließung Baugebiet „Auf dem Holze“: 110.000 €

Das in privater Hand befindliche Baugebiet mitten im Ortskern soll zeitnah bebaut werden. Die Eigentümer haben darum gebeten, dass wir nach den Vorgaben des Bebauungsplanes nunmehr mit der Erschließung starten.

Unterflurcontainer 90.000 €

Nach den von der Bevölkerung sehr begrüßten Maßnahmen am Wanderparkplatz an der Raiffeisenstraße und der Von-der-Recke-Straße soll das Konzept im Küsterkamp fortgesetzt werden.

Mobilstationen: 100.000 €

Im Rahmen der vom Land geförderten ways2work-Maßnahme sollen neue Mobilstationen (Bushaltestellen mit Fahrradstationen) im Industriegebiet geschaffen werden. Die Fördermittel sind im Gesamtbetrag des Förderbescheides enthalten.

Breitbandausbau „Graue Flecken“ 2.387.096,48 €, davon Förderung 1.909.677,19 €

Die kreisweite Ausschreibung ist gelaufen. Die Investitionskosten und Zuschüsse werden für Hövelhof wie folgt verteilt:

| | 2025 (25 %) | 2026 (50 %) | 2027 (25 %) | Gesamt |
|--------------------|------------------|------------------|------------------|--------------------|
| Gesamtkosten | 2.387.096 € | 4.774.193 € | 2.387.096 € | 9.548.385 € |
| Zuschuss | 1.909.677 € | 3.819.353 € | 1.909.677 € | 7.638.707 € |
| Eigenanteil | 477.419 € | 954.849 € | 477.419 € | 1.909.678 € |

Abfallbehälter 130.000 €

Nach der kreisweiten Neuausschreibung möchte die Gemeinde gemäß Ratsbeschluss die bisher angemieteten Abfallbehälter erwerben.

Abschließend darf ich mich bei Ihnen allen für Ihr Engagement für die Belange der Hövelhofer Bevölkerung bedanken. Unterschiedliche Meinungen und das Ringen um die beste Lösung sind Wesensmerkmale für die Demokratie. Unter dem Strich darf es uns allen nicht um Ideologien und Parteiprogramme, sondern um „Hövelhof“ gehen. Dies ist bei Ihnen allen spürbar insbesondere im Umgang miteinander. Die letzten vier Jahre waren von Respekt und Toleranz geprägt. Dankeschön dafür! Lassen Sie uns diesen Kurs im kommenden Jahr fortsetzen, um der Bürgerschaft zu zeigen, dass es keiner Extremisten in dieser Runde des Gemeinderates bedarf. Die Erfahrungen in anderen Kommunen haben gezeigt, dass die Diskussionskultur darunter enorm leidet. Wir sind Vorbilder für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen und gerade für die nächste Politikergeneration. Wir wollen unsere Mitmenschen dafür begeistern, in diesem Ort mitzuwirken. Jeder nach seiner Neigung, Fähigkeit und Kraft. Zeigen wir uns bei allen sonstigen Meinungsverschiedenheiten in dieser Sache geschlossen und erteilen Populisten die rote Karte. Vielleicht können wir demnächst alle im Gemeinderat sagen: „Wir haben in unserer Zeit einen wertvollen Beitrag für unseren Ort geleistet. Wir sind stolz auf unser Hövelhof!“

Herzlichen Dank und gute Beratungen!